

Übergang Schule - Beruf **Grundsätze und Empfehlungen für Politiker**

Ende 1999 startete die Europäische Agentur ein europaweites Großprojekt zur Untersuchung des Übergangsprozesses von der Schule zum Beruf. Dieses Projekt involvierte Praktiker im Bereich des Übergangs, die von 16 Ländern nominiert waren¹. Nationale Informationen wurden gesammelt hinsichtlich bestehender Politik, Umsetzung des Übergangsprozesses und damit verbundener Probleme und Ergebnisse. Praktiker wurden gebeten, entsprechende Informationen über Themen wie Zugang zu pädagogischen Möglichkeiten für junge Leute mit Behinderungen, die der Schulpflicht unterliegen, zu liefern; das Bestehen von Programmen zur Berufsvorbereitung; die Situation für Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt; das Bestehen von gesetzgebenden und politischen Maßnahmen bezüglich des Übergangs oder Maßnahmen zugunsten von Beschäftigung; sensitive und positive Elemente der nationalen Situationen.

Um nationale Informationen zu vervollständigen, wurde ein Reihe von Projekten/Praxen für die Analyse ausgewählt. Die Projekte deckten Initiativen in weiterführenden Schulen, berufsbildenden Schulen oder ähnlichen Bildungsstätten, die mit Lernenden mit irgendeinem sonderpädagogischen Bedarf zu tun haben. Es wurde keine spezielle Zielgruppe anvisiert, da es beabsichtigt war, einen möglichst umfassenden Überblick über die Situation in den verschiedenen Ländern zu bekommen, wobei von den Ländern genannte nationale Prioritäten berücksichtigt wurden. Außerdem wurde keine Auswahl nach der Art der Maßnahme - ob Regel oder sonderpädagogisch - getroffen.

Ausgestattet mit all diesen Informationen beteiligten sich Praktiker an mehreren Studienaufenthalten und Arbeitstreffen mit verschiedenen Ländern. Das Ziel war, Ähnlichkeiten und Unterschiede in der Praxis zu definieren sowie eine erste Analyse zu erstellen - Ähnlichkeiten und Gegensätze -, offensichtlich bei Erfahrungen, die es ermöglichten, Schlüsselaspekte hervorzuheben, die im Bereich Übergang zu berücksichtigen, zu verstärken oder zu verändern sind². Ergebnisse der bei diesem Projekt erzielten Arbeit lassen die Hauptprobleme, Schlüsselaspekte und wesentlichen Faktoren bezüglich des Übergangs erkennen.

Hauptprobleme der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, ihrer Eltern und der Praktiker bezüglich Übergang von der Schule zum Beruf. Dieser Aspekt wurde durch Untersuchung einer bestehenden Dokumentation auf europäischer und internationaler Ebene näher betrachtet. Probleme im Bildungs- und Beschäftigungssektor sind relativ übereinstimmend und zusammenhängend. Die Hauptprobleme sind auf folgende Themen gerichtet:

Daten in diesem Bereich sind sehr limitiert, so dass jeder Vergleich zwischen den Ländern schwierig ist. Trotz verschiedener Begriffe, die von den Ländern benutzt werden - Schüler mit Behinderungen oder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, kann die Anzahl der Durchschnittsbevölkerung mit

¹ Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Spanien, Schweden und Vereinigtes Königreich.

² Genaue Informationen über die Situation in den verschiedenen Ländern und über bestimmte Interessensgebiete sind in der online Transition Datenbank www.european-agency.org zu finden

sonderpädagogischem Förderbedarf mit 3 bis 20 % der jungen Leute unter 20 Jahren angegeben werden.

Abschlüsse. Im Jahr 1995 betrug der Prozentsatz der jungen Leute zwischen 20 und 29 Jahren ohne einen Abschluss einer weiterführenden Schule um die 30%. Dieser Prozentsatz liegt bei Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf sogar noch höher. Es ist schwierig die Zahl der Schüler zu schätzen, die ihre Bildung direkt nach der schulpflichtigen Phase beenden, aber man kann behaupten, dass viele nicht über die schulpflichtige Phase hinauskommen.

Zugang zu Bildung und Ausbildung. Theoretisch haben Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf die gleichen pädagogischen Möglichkeiten wie andere Schüler, aber in der Praxis werden ihnen lediglich und hauptsächlich Programme angeboten, die auf soziale Wohlfahrt oder schlecht bezahlte Arbeit ausgerichtet sind. Sie sind nicht unbedingt an den gebotenen Möglichkeiten und Bildung interessiert, und Ausbildungsprogramme sind nicht immer ihren Interessen und Bedürfnissen entsprechend angepasst. Dies rückt sie in eine unvorteilhafte Position auf dem offenen Arbeitsmarkt.

Berufsvorbereitung und Ausbildung entsprechen oft nicht der realen Beschäftigungspraxis; sie finden oft in ausgegliederten Einrichtungen statt und sind gewöhnlich nicht auf komplexe Berufe ausgerichtet. Menschen mit Behinderungen erhalten nicht die angemessenen Qualifikationen, die für eine Beschäftigung erforderlich sind; Ausbildungsinitiativen müssen besser auf die aktuellen Ansprüche auf dem Arbeitsmarkt zugeschnitten sein.

Die *Arbeitslosenrate* bei Menschen mit Behinderungen ist zwei- bis dreimal höher als bei Menschen ohne Behinderungen. Nationale Daten aus den Ländern enthalten lediglich registrierte Arbeitslose, aber ein hoher Prozentsatz der Menschen mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind nicht registriert - sie haben noch nicht mal die Chance, einen ersten Job zu bekommen. Die Verwaltung der Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Behinderungen ist der drittgrößte Faktor bei den Ausgaben für den Sozialschutz, nach denjenigen für Renten und Gesundheit.

Erwartungen und Standpunkte. Alle Dokumente stimmen in dem Punkt überein. Lehrer, Eltern, Arbeitgeber als auch die Öffentlichkeit im allgemeinen unterschätzen die Fähigkeiten der Menschen mit Behinderungen. Kooperation ist sehr wichtig, um einen realistischen Überblick über die Fertigkeiten eines Schülers in allen Sektoren der Bildung, einschließlich der Übergangsphase zur Arbeit zu erhalten.

Zugang zum Arbeitsplatz. Es bestehen immer noch Probleme bezüglich der physischen Zugänglichkeit des Arbeitsplatzes und des Zugangs zu persönlicher und technischer Unterstützung. Information und Unterstützung zum Arbeitgeber hin ist auch ein Schlüsselthema vieler Dokumente.

Umsetzung der bestehenden Gesetzgebung. Gesetzliche Rahmenbedingungen bezüglich des Übergangs zum Beruf fehlen in manchen Ländern, oder sie führen zu einem unflexiblen System. Das Einsetzen von Beschäftigungsquoten als unterstützende Maßnahme zugunsten der Beschäftigung von Menschen mit

Behinderungen scheint ein Versagen hinsichtlich der Anwendung und der Durchsetzung darzustellen. Die meisten Länder haben eine Kombination von Maßnahmen, die als effektiv zu unterschiedlichen Graden verstanden werden.

Schlüsselaspekte, die im Bereich des Übergangs unter Berücksichtigung bestehender Probleme bedacht werden müssen.

Dieser Bereich wurde durch Diskussion und Analyse der Dokumentation, die von verschiedenen am Projekt beteiligten Praktikern aus den 16 Ländern vorgelegt wurde, untersucht. Sechs Schlüsselaspekte traten bezüglich des Konzepts zum Übergang zum Vorschein:

- Der Übergang ist ein Prozess, der durch das Bestehen und die Umsetzung von Gesetzen und politischen Maßnahmen unterstützt werden muss.
- Der Übergang muss eine Beteiligung des Schülers gewährleisten und die persönliche Wahl des Schülers respektieren. Der Schüler, seine Familie und Praktiker müssen zusammenarbeiten, um einen individuellen Plan zu formulieren.
- Der Übergang muss die Entwicklung eines individuellen Förderplans beinhalten, der auf den Fortschritt des Schülers und jede Änderung, die in der schulischen Situation gemacht werden muss, gerichtet ist.
- Der Übergang muss auf der direkten Einbeziehung und Kooperation aller betroffenen Parteien beruhen.
- Der Übergang erfordert eine enge Kooperation der Schulen mit dem Arbeitsmarkt, damit die Schüler reale Arbeitsbedingungen erfahren.
- Der Übergang ist Bestandteil eines langen und komplexen Prozesses, der junge Menschen auf den Eintritt in das wirtschaftliche Leben der Erwachsenen vorbereitet und diesen erleichtert.

Hauptfaktoren, die die Umsetzung eines erfolgreichen Übergangsprozesses auf praktischer Ebene entweder ermöglichen oder verhindern.

Diese Faktoren wurden durch lokale Praxen von verschiedenen Praktikern definiert. Echte Übergangssituationen hoben eine Reihe von Faktoren hervor, die eine detailliertere Beschreibung der oben genannten sechs Aspekte ermöglichen. Diese Faktoren scheinen entweder als Barrieren oder als Antreiber eines erfolgreichen Übergangsprozesses zu fungieren. Die Beschreibung der Faktoren zeigt, dass sehr wenige den faktischen und einfachen Situationen entsprechen - *einfache* Faktoren. Die Mehrzahl entspricht komplexen und zusammenhängenden Situationen - *komplexe* Faktoren.

Politische Empfehlungen

Die Analyse der drei oben genannten Bereiche resultierte in der Definition von Empfehlungen für die Zukunft des Übergangs. Sie richten sich an Politiker und wollen eine Anleitung für eine verbesserte Entwicklung und Umsetzung des Übergangsprozesses geben.

Diese Empfehlungen auf politischer Ebene sind als Richtlinien zu sehen, die von den Ländern auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene umzusetzen sind. Die Empfehlungen beruhen auf den Aspekten und Faktoren, die im Endbericht³ genannt werden, und versuchen praktische Maßnahmen hervorzuheben, die

³ siehe www.european-agency.org

Menschen mit Behinderungen einen leichteren Übergang von der Schule zur Arbeit verschaffen sollen.

Bestehen und Umsetzung von politischen und praktischen Maßnahmen

Politiker sollten:

- Koordinierte Politiken verschiedener Dienste fördern und/oder effektiv verbessern, und dabei eine neue Gesetzgebung vermeiden, die der bestehenden widerspricht oder sie überlappt.
- Konkrete Maßnahmen zur effektiven Umsetzung der angenommenen Gesetzgebung gewährleisten, um Differenzen und/oder Diskriminierung als Ergebnis ungleicher menschlicher oder technischer Ressourcen zu vermeiden.
- Systematisch beraten, wobei die Ansichten freiwilliger, mit oder für Menschen mit Behinderungen arbeitender Organisationen berücksichtigt und respektiert werden sollten.
- Nach aktiven Politiken suchen und diese fördern, um Beschäftigung und persönliche Autonomie zu verstärken.
- Gezieltere Kontrolle und Evaluation jeglicher „erleichternder“ Maßnahmen zugunsten von Menschen mit Behinderungen gewährleisten, nämlich Quotensysteme, Steuererleichterungen etc. und ein effektives Funktionieren von Diensten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sichern.
- Das Vorhandensein umfassender Informationen bezüglich jeglicher gesetzlicher oder politischer Maßnahmen für Arbeitgeber sichern.
- Lokale Netzwerke unter Beteiligung aller Partner zur Umsetzung nationaler Politik schaffen.

Beteiligung der Schüler. Respektierung der persönlichen Wahl der Schüler

Politiker sollten:

- Die notwendigen Ressourcen (Zeit und Budget) den Schulen zur Verfügung stellen, damit sie die Arbeit mit dem Schüler und seiner Familie verwirklichen können.
- Den effektiven Einsatz von Ressourcen gewährleisten, damit diese gemeinschaftliche Aufgabe erfüllt wird.

Entwicklung eines angemessenen individuellen Förderprogramms

Politiker sollten:

- Den Schulen die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen, damit individuelle Förderprogramme entwickelt werden können. Besonders die Lehrer sollten genügend Zeit haben und die notwendige Anleitung für ihre Aufgaben erhalten.
- Gewährleisten, dass ein Übergangsprogramm im individuellen Förderprogramm enthalten ist.
- Qualitätsstandards bezüglich individueller Förderprogramme vorlegen.
- Gewährleisten, dass die von den Schülern erzielten Qualifikationen in den Zertifikaten, die sie erhalten, ausgedrückt werden und dass jegliche Diskriminierung vermieden wird.

Direkte Einbeziehung und Kooperation aller betroffenen Parteien

Politiker sollten:

- Praktische Maßnahmen für die Kooperation zwischen den Diensten sowie eine Weiterführung dieser Kooperation gewährleisten.
- Klare Verantwortungen den Diensten zuweisen, um eine effektive Koordination zu sichern.
- Eine Evaluation der Koordination sowie der Verteilung der Verantwortung gewährleisten, um erforderliche Veränderungen einzuführen.
- Gewährleisten, dass alle Dienste ihre Verpflichtungen erfüllen und sich an der Aufgabe der Koordination beteiligen.
- Arbeitgeber und Gewerkschaften durch spezielle Maßnahmen zur direkten Beteiligung motivieren.
- Die Kooperation und Koordination zwischen allen betroffenen Abteilungen auf nationaler Ebene antreiben.

Enges Verhältnis zwischen Schule und Arbeitsmarkt

Politiker sollten:

- Gewährleisten, dass alle jungen Menschen reale Arbeitsbedingungen erfahren.
- Den Zugang zu praktischer Ausbildung für alle Schüler garantieren, unter Berücksichtigung jeglicher Bedürfnisse.
- Flexible Ausbildungsmaßnahmen organisieren, z.B. Vorbereitungszeiten vor der Berufsausbildung einrichten.
- Formale und informale Anreize für Firmen (z.B. Steuerermäßigungen, soziale Anerkennung etc.) fördern, um sie für die Schaffung von Arbeits-/Ausbildungsplätzen für junge Menschen zu gewinnen.
- Den gegenseitigen Nutzen hervorheben und demonstrieren, der durch Evaluation guter Übergangsbeispiele möglich ist.
- Arbeitgeber in diese Art von Initiativen einbeziehen, zur Kooperation mit Arbeitsvermittlungsdiensten durch Informationskampagnen gewinnen; Netzwerke für Arbeitgeber und Gewerkschaften schaffen.
- Den Bedarf an formaler Kooperation zwischen Bildung und Arbeitsvermittlern erkennen.
- Ressourcen für die berufliche Weiterbildung der Lehrer schaffen.

Der Übergang zur Beschäftigung ist Bestandteil eines langwierigen Prozesses

Politiker sollten:

- Alle notwendigen Maßnahmen einleiten, um einen erfolgreichen Übergang zu gewährleisten, indem sie Barrieren und Schwierigkeiten bei diesem Prozess definieren und lösen.
- Starre pädagogische Verfahren (z. B. hinsichtlich der Beurteilung) vermeiden.
- Die Kooperation zwischen und innerhalb der Dienste erleichtern und den Zeitaufwand der Praktiker bei Kooperations- und Koordinationsaufgaben anerkennen.

- Die Entwicklung eines Übergangsplans in der schulischen Karriere eines Schülers früh genug sichern, nicht erst gegen Ende der schulpflichtigen Phase.
- Den Bedarf einer speziellen Fachkraft erkennen, die als *Advokat* oder als Bezugsperson bzw. Unterstützung für den Schüler im Übergangsprozess fungiert.

Die an diesem Projekt beteiligten Praktiker, Politiker und Repräsentanten von Arbeitgebern und Gewerkschaften kamen zu der Schlussfolgerung, dass die Umsetzung der vorgeschlagenen Empfehlungen zweifellos den Übergangsprozess verbessern und die Probleme, denen die Schüler gegenwärtig nach dem Schulabschluss gegenüberstehen und mit denen sie zur Sicherung eines Beschäftigungsverhältnisses konfrontiert werden, verringern würden.

Weitere Informationen

Weitere Informationen und Details über die Situation der Länder und/oder bestimmter Interessensgebiete sind auf der online Transition Datenbank der Europäischen Agentur Website zu finden unter: <http://www.european-agency.org/transit/index.html>

Weitere Informationen über das Übergangsprojekt (einschließlich der Kopien des Projektberichts in 13 Sprachen) und über die Arbeit der Europäischen Agentur im allgemeinen sind erhältlich bei:

Europäische Agentur für die Entwicklung Sonderpädagogischer Förderung

Sekretariat

Sekretariat

Østre Stationsvej 33

DK – 5000 Odense C Denmark

Tel: +45 64 41 00 20

secretariat@european-agency.org

Niederlassung Brüssel

Avenue Palmerston 3, B-1000 Brüssel, Belgien

Tel.: +32 2 280 33 59 Fax: + 32 2 280 17 88

E-mail: brussels.office@european-agency.org

Web: www.european-agency.org